

Aktive Interessensvertretung Aller Kolleginnen & Kollegen



INFORMATIONEN für die Kolleginnen und Kollegen der S-Bahn Berlin GmbH – Dez. 2011

Keine Ausschreibung – Rettung der Berliner S-Bahn

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die nächste Betriebsversammlung findet am 13. Dezember 2011 im Werk
Schöneweide um 8:30 Uhr und 15:30 statt.

Diese Versammlung muss entscheiden, wie wir den Kampf für den Erhalt der S-Bahn als einheitlicher Betrieb organisieren.

Der verabschiedete Koalitionsvertrag von SPD und CDU sieht vor, Teilstrecken der S-Bahn auszuschreiben. Das ist die Entscheidung zur Zerschlagung der S-Bahn.

Gegen den Willen der Kollegen und Kolleginnen der Berliner S-Bahn, gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung, gegen die Beschlüsse der Gewerkschaften und gegen die Beschlüsse und Wahlversprechungen der SPD selbst, soll schon im Jahr 2012 die Berliner Ringbahn europaweit ausgeschrieben werden.

Wer ausschreibt, provoziert den weiteren und schnelleren Verfall der Berliner S-Bahn unter dem Renditedruck!

Der Beschluss zur Ausschreibung widerspricht dem Willen und dem Kampf aller Kolleginnen und Kollegen der Berliner S-Bahn, wie er sich in den Beschlüssen des Betriebsrates und der DGB-Gewerkschaften, widerspiegelt.

Der Koalitionsvertrag verfolgt das Ziel eines neuen Betreibervertrags in folgenden Stufen:

- **„Noch im Jahr 2011 wird der Senat Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG mit dem Ziel aufnehmen, die S-Bahn Berlin GmbH zu erwerben.“**

Wieso erwerben? Da die Berliner S-Bahn als Teil der Deutschen Bahn Eigentum des Bundes ist, brauchte sie nur von der Bundesbehörde auf das Land Berlin übertragen werden. Warum ist das bisher nicht geschehen, wenn man das will?

Die Bahn AG hat überdies wiederholt einen Verkauf ausgeschlossen. Schließlich wissen alle, dass das Land Berlin nicht über die notwendigen finanziellen und materiellen Bedingungen verfügt, um die S-Bahn zu 100 % käuflich zu erwerben. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese angebliche erste Option, die erwartungsgemäß keine ist, nur dazu dient, der Bevölkerung und den Kollegen und Kolleginnen der S-Bahn Sand in die Augen zu streuen, um den Weg zur Ausschreibung endlich frei zu schlagen.

- **„Sollten die Verhandlungen mit der Bahn AG nicht zu einem positiven Ergebnis führen, wird die Koalition die rechtssichere Vergabe über eine Ausschreibung starten. Soweit eine Gesamtvergabe (!) rechtlich nicht möglich ist, wird für den Betrieb des Ringes samt Zubringerstrecken (Viertelnetz) eine Ausschreibung gestartet.“**

„die Auswahl eines Betreibers (soll) für die Zeit ab Ende 2017 erfolgen“.

Die Kollegen und Kolleginnen der S-Bahn halten dagegen an ihrer Forderung fest:

100 % S- Bahn, ein Betrieb aus einer Hand!

Das Schlimmste ist zu befürchten:

Ein Angriff auf den gesamten Öffentlichen Personen Nahverkehr Berlins.

Der Koalitionsvertrag verrät uns noch etwas:

„Die BVG kann sich an der genannten Ausschreibung beteiligen.“

Das aber bedeutet nach EU-Recht, dass die BVG, die sich an einer Ausschreibung beteiligt, ebenfalls ausgeschrieben werden müsste. Jede Ausschreibung verfolgt das Ziel, den Nahverkehr einer strengeren Renditeausrichtung und dem entsprechenden Sparkurs zu unterwerfen. Dafür muss er aus der finanziellen und politischen Verantwortung von Bund oder Land entlassen werden.

Um die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der S-Bahn zu sichern, haben Kollegen und Kolleginnen ein Sofortprogramm vorgeschlagen.

In dem verabschiedeten Koalitionsvertrag von SPD und CDU heißt es:

„Die S-Bahn ist unverzichtbarer Bestandteil des ÖPNV in Berlin. Oberstes Ziel ist daher die Gewährleistung eines qualitativ hochwertigen, sicheren und störungsfreien S-Bahn-Betriebs. Dies hat Vorrang vor allen privatwirtschaftlichen Renditeerwartungen“

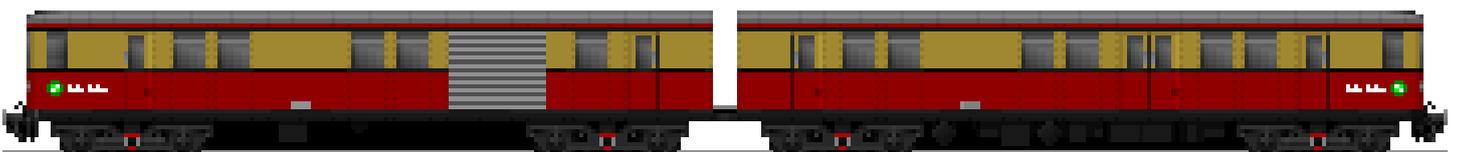
Nur „privat-wirtschaftliche Renditeerwartungen“? Was ist mit der wirtschaftlichen Renditeerwartung von Bundesregierung und Senat an S-Bahn und BVG?

Dieses „oberste Ziel“ wurde für die S-Bahn, und auch für die BVG, jahrelang von der Bundesregierung für den einen und vom Berliner Senat für den anderen dem Wettbewerbsdiktat der Wirtschaftlichkeit und der Renditeerwartung ausgeliefert und kaputt- und runtergespart.

Die S-Bahn Kollegen und Kolleginnen haben deshalb die Forderungen für ein Sofortprogramm für die Rettung der S-Bahn an den Eigentümer und Finanzverantwortlichen Bundesregierung gerichtet. Und sie haben den Berliner Senat immer wieder aufgefordert, diesen Kampf gegenüber der Bundesregierung zu unterstützen – vergeblich.

Tatsache ist, dass eine erste Überprüfung der Umsetzung der Vorschläge für dringende Sofortmaßnahmen durch die S-Bahn Kollegen und Kolleginnen ergeben hat, dass die meisten Maßnahmen nicht umgesetzt bzw. nicht eingeleitet wurden. Schon heute ist klar, dass so der Verfall der S-Bahn weiter voranschreitet. Damit wird ein Chaos organisiert, das kein anderes Ziel hat, als ein Klima für Ausschreibung und Privatisierung zu schaffen.

Die S-Bahn braucht keine Ausschreibung – die S-Bahn braucht Sofortmaßnahmen für ihre Wiederherstellung! Wie sie aus der Belegschaft entwickelt wurden.



Das verlangt:

- mehr Personal in den Werkstätten, bei den Lokführern und als Dienstleister
- ausgegliederte Teile der S-Bahn inklusiv Personal müssen in die S-Bahn zurückgeführt werden
- Leiharbeiter festangestellt werden
- Wiedereinführung der vorausschauende Instanthalung
- Wiederherstellung und Einsatz aller Fahrzeuge der BR 485.
- Wiederbesetzung aller Bahnhöfe mit Aufsichten der S- Bahn Berlin GmbH.
- Anschaffung 200 neuer klimataugliche Fahrzeuge nur durch die DB-AG



Quelle Wikipedia

Die Bundesregierung und die ihr gegenüber weisungsgebundene Deutsche Bahn und der Berliner Senat müssen die volle Verantwortung für die Rettung und Wiederherstellung der Berliner S-Bahn als Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen. Keine weitere Auslieferung (bzw. Rücknahme aller bisherigen entsprechenden Maßnahmen) des Öffentlichen Personennahverkehrs an Ausschreibung und Rendite-Wettbewerb.

Kolleginnen und Kollegen,

Die Ausschreibung kann verhindert werden.

Dafür brauchen wir die Einheit in unserem Kampf, die Einheit der Kollegen und Kolleginnen und unserer Gewerkschaft.

Wir schlagen vor, diese Einheit auf der Betriebsversammlung herzustellen:

Im Kampf für das Sofortprogramm, wofür unsere Gewerkschaft EVG das Mandat erteilt wird.

Für die Bildung eines Aktionsausschusses von gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen, engagierten Kollegen und Kolleginnen und Vertretern der EVG. Zur Vorbereitung/Organisierung einer machtvollen Demonstration zu Senat und Bundesregierung!

Zur Vorbereitung des Einsatzes aller gewerkschaftlichen Kampfmittel – wenn nötig auch den gewerkschaftlich organisierten Streik – die für den Erfolg notwendig sind.

Diskutiert diesen Vorschlag!

Bereitet die Betriebsversammlung in diesem Sinne mit Hilfe dieses Flugblattes mit Euren Kollegen in euren Bereichen vor!

Kollegen und Kolleginnen, kommt alle zur Betriebsversammlung!

Es wird uns gesagt:

Wenn der Senat erst einmal entschieden hat, können wir nichts mehr machen!

Wir meinen:

Wir können nicht garantieren, dass wir die Ausschreibung verhindern, aber wir können festhalten, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Unsere Erfahrung ist:

Seit Jahren wollen bestimmte Kräfte in der Stadt, die S-Bahn ausschreiben. Nur durch unseren gemeinsamen Kampf haben wir es bisher verhindert!

Es wird gesagt:

Ausschreibung heißt Auslieferung der S-Bahn an den Marktwettbewerb. Die Gewerkschaften können nur dafür Sorge tragen, dass die Ausschreibung und der damit verbundene Wettbewerb „fair“ und „sozial“ gestaltet wird.

Wir meinen:

Wir verweisen auf die Erfahrungen unserer Kollegen und Kolleginnen bei der Regionalbahn; Es gibt keinen „fairen und sozialen“ Wettbewerb.

Schon die Vorbereitung auf den Marktwettbewerb hat die S-Bahn in den Quasi-Zusammenbruch geführt.

Die Kollegen und Kolleginnen bezahlen die Auslieferung an den renditeorientierten Wettbewerb mit massivem Personalabbau und Lohnkürzungen, mit der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen; und die Bürgerinnen und Bürger mit der Reduzierung und Verteuerung der Leistungen, mit dem Abbau der Sicherheitsstandards.

Das staatliche Monopol, der staatlich, von Bund und Land garantierte und finanzierte ÖPNV war eine große Errungenschaft der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Es wurde erkämpft durch die Arbeiterbewegung, für die Erfüllung des Rechtes auf Mobilität für die breite Bevölkerung von Stadt und Land Berlin/Brandenburg. Die Berliner S-Bahn kann nur leben, wenn sie dem Wettbewerb entzogen wird und Bund und Land die volle politische und finanzielle Verantwortung für die S-Bahn übernehmen und sie als staatlichen Monopolbetrieb führen, der ausschließlich der Öffentlichen Daseinsvorsorge verpflichtet ist.

Es wird gesagt:

Wir haben nicht die Kraft die Ausschreibung zu verhindern, wir konnten auch nicht die Bahnreform 1994 verhindern.

Wir meinen:

Wir haben unsere unabhängigen freien Gewerkschaften. Sie müssen das grundgesetzlich geschützte Recht auf gewerkschaftlich organisierten Kampf und Streik wahrnehmen, um die Zerstörung der S-Bahn abzuwehren!

EVG und GDL müssen entsprechend unserem Ziel handeln und den Kampf organisieren.